

Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **1 (1979)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jeden Tag, jeden Tag, Ärger mit dem Kernkraftwerk (eine unvollständige Chronik)

Am 29.1.79 dokumentiert die FRANKFURTER RUNDschau ausführlich, daß ein KKW-Baustopp nicht zu der von der Industrie beschworenen Energielücke in der BRD führen wird.

Am 1.2.79 befürchtet Bundeskanzler Schmidt auf dem SPD Kongreß: Arbeit und Technik, daß die geleisteten 20 Mrd. DM als Starthilfe für die Kernenergie eventuell nicht den erwarteten Profit abwerfen werden.

Anfang Februar stimmt der Bezirksplanungsbeirat Schwaben 18:11 gegen den Bau des KKW REHLING bei Augsburg.

Am 4.2. wird BIBLIS A wegen Störgeräuschen, die eventuell durch lose Teile im Kern hervorgerufen werden, abgeschaltet. Mit der Ausladung des gesamten nuklearen Brennstoffs muß begonnen werden.

Am 5.2. wird Isar I in OHU erneut abgeschaltet, nachdem schon am 19.11. wegen einer bei Reparaturen losegebliebenen Überwurfmutter der Betrieb unterbrochen werden mußte. Diesmal lag ein Schaden am Maschinentrafo vor, und über einen abgerissenen Rohrstützen war radioaktiver Dampf freigeworden.

Ende Februar wurde vom OVG Lüneburg der Baustopp für das KKW GROHNDE vorläufig aufgehoben. Am 19.3.77 war es um Grohnde zu schweren Schlachten von Polizei und Gegnern des Kraftwerks gekommen. Bisher wurden gegen acht Demonstranten Freiheitsstrafen von 9 bis 19 Monaten verhängt.

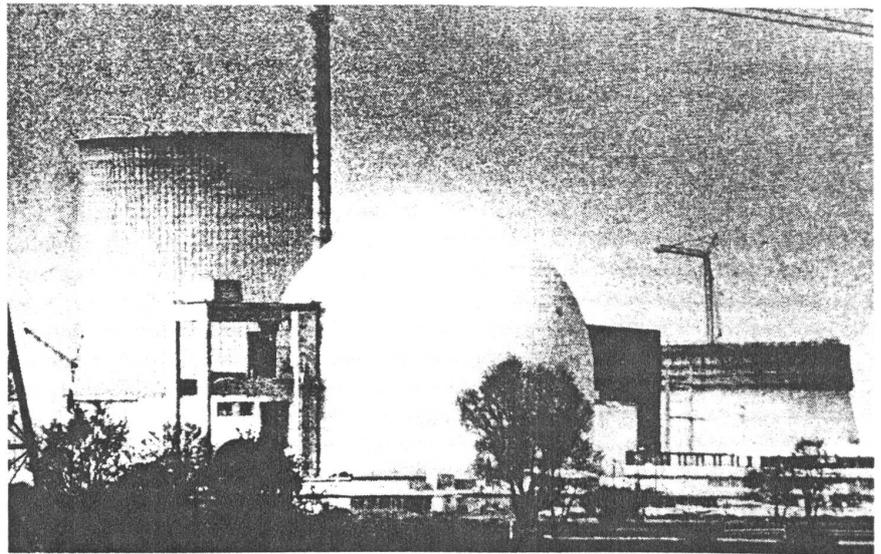
Die Sammlung der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen für den zweiten Wyl-Prozeß brachte bisher 100.000 DM.

Im März meldet der Tagesspiegel, daß die KWU wegen des stockenden Weiterbaus der KKW 120 Mitarbeiter in Westberlin entläßt. In Berlin werden von 2200 Arbeitern Turbinen und Einbauten für die KKW gefertigt.

Die Volksabstimmung in ÖSTERREICH ergibt eine Ablehnung der Inbetriebnahme des 1,3 Mrd. DM teuren KKW in Zwentendorf.

In der SCHWEIZ wurde am 18.2. mit 51,2% knapp die Initiative für regionale Volksentscheide beim Bau von KKW abgelehnt.

In SCHWEDEN waren bei einer Umfrage im Januar 43% aller Befragten gegen jeglichen KKW und 59% hielten die technischen Probleme der Endlagerung für unlösbar. Nur 31% sprachen sich für die Zuführung des sozialdemokratischen



Kernkraftwerk Biblis

Programms von Palme aus, bis 1985 13 Reaktoren in Betrieb zu haben. Bisher arbeiten in Schweden 7 Kernkraftwerke. Vor allem die Frauen waren sehr bewußt: 3/4 der Befragten lehnten die KKW ab.

In FRANKREICH hingegen scheint sich nach dem Umsturz im Iran abzuzeichnen, daß die Kernenergie Vorrang gewinnt. Bis 1985 soll der Anteil der KKW an der Energieerzeugung von 3% auf 20% klettern. Vor allem die KKW in Cattenom (Lothringen) und Gravelines (Nordfrankreich) sollen schneller fertiggestellt werden.

MAROKKO zeigt sich nach KWU-Angaben an einer langfristigen Nutzung der Kernenergie interessiert. Die BRD hätte an einer Zusammenarbeit mit Marokko auf dem Gebiet Interesse, vor allem auch wegen Marokkos Uranreserven. (WW)

Atomtülldeponie Biblis?

Im Februar wurde ein „Sammleinspruch gegen die Erweiterung der Lagerkapazität für abgebrannte Brennelemente in den Blöcken A und B des Kernkraftwerkes Biblis von jeweils 5/3 der Kernladungen auf jeweils 9/3 Kernladungen“ beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technik erhoben. Die Bürgerinitiativen aus dem Rhein-Main-Neckar-Raum sehen in der neuen Kompaktlagerung eine höhere Gefährdung der Umgebung im Katastrophenfall, da die Menge der längerlebigen Radioisotope fast verdoppelt wird. Sie weisen darauf hin, daß die Sicherheitseinrichtungen für die Kompaktlagerung unzulänglich sind. So sind nur zwei der üblicherweise drei unabhängigen Lagerbeckenkühlstränge vorgesehen, die Lagerbecken sind nicht gegen den Absturz schwerer Lasten, wie sie im Reaktorge-

bäude bewegt werden, ausgelegt, Biblis A und B haben keine Sicherheit gegen die Auswirkungen von Flugzeugabstürzen und Gastankerexplosionen (Biblis liegt am Rhein), und auch Sicherheitsvorkehrungen gegen Krieg und Sabotage fehlen. Zudem haben die Sachverständigen des TÜV Bayern bei der Beurteilung nicht die neuesten gültigen Vorschriften angewendet, sondern ältere – mit der Begründung, daß andere Teile der Gesamtanlage auch nach den älteren Vorschriften genehmigt wurden.

Die Hintergründe der Kompaktlagerung werden klar, wenn man bedenkt, daß seit der Sperrung von Asse die Kernindustrie nicht mehr weiß, wohin mit dem Müll. So ist sie darauf angewiesen, bestehende Übertage-Zwischenlager zu erweitern. Im Falle, daß die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben scheitert, befürchten die Bürgerinitiativen, daß Biblis zu einer Atomtüllagerstätte wird.

Erwähnt werden sollte noch, daß das zuständige hessische Ministerium den Einbau einer Kompaktlagerstätte stillschweigend geduldet hat – obwohl über den entsprechenden Antrag der Betreiber von Biblis noch nicht entschieden war. (WW)

Freispruch für Prof. Scheer

Am 27.3.1979 wurde Prof. Jens Scheer vom Vorwurf des „Aufrufs zu schwerem Landfriedensbruch“ anlässlich der 3. Demonstration gegen das geplante Kernkraftwerk Brokdorf freigesprochen. Der Aufruf zur Platzbesetzung sei nicht nachzuweisen, wiewohl einige Polizisten unter Eid bestätigten, ihn gehört zu haben. Ein Prozeß gegen J. Scheer als angeblichen Rädelsführer der 2. Brokdorf-Demonstration beginnt am 8. Mai in Itzehoe. (WW)